

Zentrales Ziel ist Integration von Flüchtlingen

180 Zuhörer lassen sich von Olper Bürgerinitiative informieren. Mittlerweile bereits 120 Mitglieder

Von Herbert Kranz

Olpe. Die 150 Stühle im großen Saal des Olper Kolpinghauses reichten für die Teilnehmer der Bürgerversammlung nicht aus. Sie alle wollten sich von der Bürgerinitiative „Humanitäre Flüchtlingshilfe in Olpe“ über die Pläne der Stadt informieren lassen, aus dem Kolpingferienheim Regenbogenland, das am 31. Januar geschlossen wird, eine „Zentrale Unterbringungseinrichtung“ (ZUE) für Flüchtlinge zu machen.

120 Mitglieder hat der Verein mittlerweile und war, so Vorstandsmitglied Wolfgang Maasjost, im Regenbogenland offenbar „nicht willkommen“. Denn erst gegen 15.30 Uhr hatte man dem Vorstand mitge-

„Wir sind für eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen.“

Christian Hose, Vorstand BI

teilt, dass die Bürgerversammlung am Abend dort nicht (wie eigentlich geplant) stattfinden könne. So wich man kurzfristig ins Kolpinghaus aus, richtete vom Regenbogenland aus sogar einen Fahrdienst ein.

Im Kolpinghaus machte Christian Hose vom Vorstand der BI klar, dass man sachlich informieren wolle und das zentrale Thema der Bürgerinitiative die Integration sei. Und gerade die sei in einer ZUE nicht zu gewährleisten. Hose machte deutlich, dass die Stadt zu deren Einrichtung nicht verpflichtet sei. Offenbar gehe es der Verwaltung „nur um die



Reiner Löcker (links stehend) vom Vorstand der BI im fast schon überfüllten Saal des Olper Kolpinghauses.

FOTO: HERBERT KRANZ

Geplantes Asylbewerberheim im Regenbogenland



Nirgendwo sonst seien Zentrale Unterbringungseinrichtungen so nah an einem Wohngebiet zu finden, kritisiert die BI Humanitäre Flüchtlingspolitik in Olpe. Unser Luftbild (rechts) und die Karte zeigen die Situation vor Ort.

FOTO: HANS BLOSSEY

Refinanzierung des Kaufs dieses Ferienheims“.

Sehr nah an der Bebauung

Reiner Löcker (Vorstand BI) erläuterte, dass auch das Christliche Jugenddorf Interesse angemeldet habe, im Regenbogenland „ausgewählte syrische Familien“ unterzubringen und zu betreuen. Das aber habe das Land abgelehnt, weil man keine Selektion von Flüchtlingen wolle. Derzeit verhandle Kolping wohl nur mit der Stadt Olpe, die am 27. Januar zu einer Bürgerversammlung zum gleichen Thema einlädt (siehe erste Lokalseite).

„Wir sind für eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen“, machte Christian Hose deutlich. Das sei humaner und kostengünsti-

ger. Außerdem würden gut integrierte Flüchtlinge von der Bevölkerung akzeptiert. Eine zentrale Unterbringungseinrichtung sei dagegen so etwas wie ein Durchgangslager für tausende Menschen, die nur maximal drei Monate vor Ort blieben. Es gebe auch bisher keine ZUE, die derart nah an einer Wohnbebauung liege wie die in Olpe geplante. Die BI befürchtet unzumutbare Bedingungen durch die Überbelegung, die Gefahr von Übergriffen auf Flüchtlinge, ein höheres Gewaltpotenzial. Offen sei auch, welche Auswirkungen die Einrichtung auf den Tourismus, Besucher und Sportvereine auf dem Kreuzberg, den Einzelhandel, die Verkehrssituation sowie Kindergärten und Schulen haben könne.

Runder Tisch

„Wohltuend und sachlich“ fand Lothar Epe, CDU-Stadtverordneter und Vorsitzender des Caritasverbandes die Vorstellung der BI. Dabei sei besonders wichtig, „dass Sie nicht gegen Flüchtlinge sind“. Wenn es bei diesem Thema zu dem geforderten runden Tisch in Olpe komme, werde sich die Caritas gern beteiligen.

Theo Kruse MdL machte deutlich, dass derzeit niemand wisse, wieviele Flüchtlinge wirklich kommen würden. Im übrigen plane das Land viele ZUE und Olpe sei nur einer von vielen Gesprächspart-



nern. Kruse: „An 40, 50, 60 weiteren Standorten werden derzeit ähnliche Gespräche geführt.“ Später betonte er, dass keine ZUE eingerichtet werde, wenn die Kommune nicht einverstanden sei. Allerdings sei das Land auch nicht abgeneigt, selbst Immobilien zu kaufen oder zu errichten.

Dr. Bettina Wolf, die für das Amt des Bürgermeisters in Olpe kandidiert, meinte, die BI habe eine schwierige Materie verständlich aufbereitet. Sie sei aber noch nicht ganz einig mit der BI, was die dezentrale Unterbringung angehe. Vielleicht sei ja eine Mischform zwischen zentral und dezentral der richtige Weg.

Kritik an der Stadt

Siegbert Rasche, CDU-Ratsmitglied, kritisierte, dass die Asylverfahren viel zu lange dauern würden

und forderte: „Wir dürfen diese Leute nicht allein lassen.“

Andreas Stenzel, FDP-Ratsmitglied, verwies auf die Bürgerversammlung der Stadt und überlegte: „Unser Bürgermeister hat es augenscheinlich sehr eilig.“

Kritik an der Stadt gab es auch, was die Qualität der Unterbringung von Flüchtlingen angeht. Speziell genannt wurden Wohnungen im Lüttringhauser- und der Stachelauer Weg. Außerdem hieß es, dass die Stadt Attendorn eine deutlich bessere Willkommenskultur für Flüchtlinge aufgebaut habe als Olpe.

Es sei nicht akzeptabel, wie die Stadt mit den Bürgern umgehe, meinte Sebastian Nies. Es würden erst Fakten geschaffen und dann informiert. Er habe den Verdacht, dass die Pläne der Stadt ausschließlich fiskalische Gründe hätten, aber keine humanitären.

Forderungen der Bürgerinitiative

- Die Bürgerinitiative ist gegen die **Einrichtung einer ZUE** in Olpe.
- Sie ist gegen **jede Form von Massenunterkünften** in Olpe.
- Sie fordert eine **dezentrale Unterbringung** der Flüchtlinge in kleinen Einheiten in der Kommune Olpe.
- Sie fordert die Stadt auf, die ihr zugewiesenen Flüchtlinge **in Olpe zu integrieren**.
- Sie distanziert sich von **fremdenfeindlichen Ansätzen**.
- Erreichbar ist sie per E-Mail bi@hf-olpe.de und im Internet www.hf-olpe.de